

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

277 (27.11.1919)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt 1.60 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postalter 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonizelle od. deren Raum 30 S., Reklamen 1.-M., zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag; Sofa-Anzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor.

Die deutsche Antwort an die Entente.

Note der Reichsregierung wegen der Kriegsgefangenen.

WTB. Berlin, 26. Nov. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente mit folgender Note beantwortet, die heute in Paris übergeben wurde:

Auf die am 21. November in meine Hände gelangte Note vom 15. November betr. die Heimführung der Kriegsgefangenen aus Frankreich befreie ich mich Gv. Erzellas im Auftrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche, durch die Agence Havas am 29. August veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautet:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu lindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubehalten. Die Arbeit der Heimführung (Operation de Repatriement) werden sofort beginnen und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der nach Inkraftsetzung des Vertrages ein deutscher Vertreter beizugeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Eine solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abzugeben zu haben.

Diese widerspruchsvolle Haltung ist umso unverständlicher, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Jugendland war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern die Gegenleistung für Jugendland, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach.

Es handelt sich dabei einmal um die Kohlenlieferungen und zweitens um den Fall des Bergarbeiters Manheim. (Die Note behandelt nochmals die betreffenden Verhandlungen. Die Red.)

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr verlangt hat, die Heimführung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrage bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen.

Die Note vom 15. September beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimführung der Kriegsgefangenen zu bekräftigen, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor der Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit der Heimführung zu beginnen. Die Ausführungen stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die Kriegsgefangenen sind es, an die sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundsätzen des Edelmut und der Menschlichkeit, die die französische Regierung stets als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen als Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französischen Wünsche erfüllt werden.

Diese Politik muß umso schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegesrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung werden vielfach für die kalte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verkehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angesichts der klaren Sachlage, die durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, konnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um

keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgesehen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegesetze angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung der vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellen, und ohne einen förmlichen Antrag zu stellen, die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen ließe. Uebrigens hat sie diese Schritte getan, ehe die Note an die alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hände gelangte.

In der Note wird gefragt, wie sich wohl die die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Aufbaumarbeiten bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen würden. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie es die Note zu verstehen gibt. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Regierung ein Herz für das Glend der Kriegsgefangenen hat, und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückergäben, statt sie in hartem Zwangsarbeit für Handlungen büßen zu lassen, für die sie keine Verantwortung trifft.

No. maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juni wiederholt festgestellt worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete verknüpft werden solle. Darum, daß noch immer kein einmütiges Abkommen über die Vereinfachung deutscher Militärstrafen zustande gekommen ist, trifft die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklärt, deutsche Militärstrafen für den Wiederaufbau zu stellen und hat in der sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art der Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurde im Falle der bereits zur Unterzeichnung des Vertrages begonnene Vorbereitung zur Entsendung der Arbeiter auf das effizienteste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung behauptet, daß es trotz ihres wiederholten Ersuchen der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschnitte zu besprechen, in denen die Wiederaufbauarbeit von deutschen Arbeitern ausgeführt werden soll.

Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert hat. Deutschland hat kein Ausherkes getan, um den unerhörten Anforderungen, die durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verzögert darauf, hier die vielen schweren Uebertreibungen und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die der Waffenstillstand von ihren Gegnern verletzt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerecht urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Rechte Klagen hätten geführt werden können. Auf die Angelegenheit der Versetzung der Kriegsgefangenen in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der internationalen Kommission unter Führung des Generals Nessel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „deutlich bis heute aufrechterhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsregierung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die alliierten und assoziierten Regierungen von ihr verlangt hatten.

Zu der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betriebe in der ganzen Welt mit ungeheuren Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihr Bestreben darüber aussprechen, daß solche Märchen glauben finden und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werde. Sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tage dringender wird, und in der Deutschland auf das Mitgefühl aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

Klassenkampf oder Klassenkampf?

Die durch den Weltkrieg in Deutschland hervorgerufenen trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse sind fast unerträglich geworden. Die Geldentwertung hat die Kaufkraft auf ein Maß herabgedrückt, das kaum noch überboten werden kann. Der Notenumlauf hat die gewaltige Summe von 41 Milliarden Mark erreicht, während der Goldbestand der Reichsbank auf eine Milliarde gesunken ist. Was das bedeutet, wird klar, wenn wir die anhaltende Preissteigerung für alle Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände, die nach einem vorübergehenden Preisrückgang sich bemerkbar macht, uns vor Augen halten. Die Erbitterung darüber erfährt immer weitere Volkskreise und nimmt täglich schärfere Formen an. Angesichts dieser Zustände ist es für die Kriegsheber im reaktionären Lager ein dringendes Bedürfnis, die Schuld von sich auf andere abzuwälzen. Wie so oft in der Geschichte, sind es die Juden, die das Opfer ungerichteter Verfolgungen auf sich nehmen müssen. Die Giftsaat, die durch zahllose Flugblätter ausgestreut wird, beginnt ihre Wirkung zu zeigen. Auf der Eisenbahn wie überhaupt im Verkehr, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, wird die Judenfrage, die zu einer Judenfrage geworden ist, eingehend erörtert. Die Juden haben sich von der militärischen Dienstleistung gedrückt, sie haben in den Kriegsgesellschaften einen unheimlichen Einfluß ausgeübt und sie sind es, die gegenwärtig die Regierungsstellen inne haben, so hört man es in steter Wiederholung.

Gegen diese Verschleierung der Schuldfrage muß die Klassenbewusste Arbeiterschaft mit allen Mitteln ankämpfen; denn nicht einen Klassenkampf führt sie, sondern nach wie vor den unerblicklichen Klassenkampf. Der von Karl Marx verfochtene Gedanke, daß die bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, trifft erst recht für die gegenwärtige Gesellschaftsperiode zu, so sehr auch die durch eigene Schuld in ihren Grundfesten erschütterte Klasse das bestritt. Die kapitalistische Entwicklung mit ihren traurigen Begleiterscheinungen: Unterjochung fremder Völker, Anhäufung von Reichümern auf der einen und Erzeugung von Massenelend auf der andern Seite, haben zu kriegerischen Verwicklungen geführt und auch den letzten und furchtbarsten aller Kriege über die Menschheit gebracht. Die fabelhaften Militärischen waren ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung und sie haben in ihrem feudalen Offizierskorps streng auf Fernhaltung der Juden gehalten. Es gab keine jüdischen Offiziere beim Kriegsausbruch und den jüdischen Soldaten im Heere hatten die Eliteliten Gottes auf Erden durch schwere Mißhandlungen auf dem Kasernenhofe die Liebe zum Militarismus gründlich ausgezogen. Zum Krieg gekehrt haben die Juden also nicht, aber sie haben ihrer Vaterlandspflicht in der Stunde höchster vaterländischer Not genügt, genügen müssen. Oder nicht? Wenn Juden sich drücken konnten, wer hat daran schuld? In der monarchischen Regierung und in der Heeresleitung sahen keine Juden; die Kriegesetze waren streng und wurden doch aneendlich gerecht und unparteiisch gegen Christen und Juden angewendet, also... Aber dann die Kriegsgesellschaften. Auch sie waren eine Schöpfung der monarchischen Regierung, und wenn sie aus ihrer „kapitalistischen Haut“ nicht herauskamen, dann offenbarten sie eckel aller Welt die ganze Unfähigkeit der geistlichen Machthaber. Damit sagen wir nichts neues. Der Klassenkampf kannte keine Gerechtigkeit, er war zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer Minderheit, die die Klänge der Gesetzgebung in den Händen hielt. Soweit demnach Juden sich schuldig gemacht haben, an den Volksverbrechen, die letzten Endes zu dem namenlosen Leid und Glend führten, kann es sich nur um einen einzigen Prozesz handeln, der zur bestehenden Klasse gehörte. Bleibt noch die große Zahl der Juden in der Revolutionsregierung. Niemals ist die Wahrheit mehr vergewaltigt worden als durch die Behauptung, die Juden führen jetzt das Regiment.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß bei der Teilnahme am politischen Leben, in der Verwaltung und Gesetzgebung, keine Rassen- und Geschlechtsunterschiede gemacht werden dürfen, ist auch den Juden der Aufstieg zu den Regierungsstellen ermöglicht worden. Das ist der Ausfluß einer wahren Gerechtigkeit, die im demokratischen und republikanischen Deutschland verwirklicht wurde. Entsprechend der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung ist der Prozentsatz der Juden in der Regierung ein geringer.

Die Tätigkeit der Regierung kann nur dann richtig beurteilt werden, wenn die veränderten Verhältnisse entsprechende Berücksichtigung finden. Vor dem Kriege war Deutschland ein wohlhabendes Land mit einer blühenden Volkswirtschaft. Heute wohnen wir in einem verarmten Lande mit einem zerrütteten

Deutsche Spar-B. ämnenanleihe 1919	Hauptgewinne 10 mal 1.000.000 Mark	Erste Gewinnziehung im März 1920
---------------------------------------	---	--

Abg. Rahl (D.N.) stimmt dem Entwurf zu. Gerade in der letzten schweren Zeit müße denjenigen geholfen werden, die in der Not der Zeit einmal gestraubt sind. Auch die Arbeiter der Deutsch-Nationalen Volkspartei sprechen sich für die Vorlage und Kommissionenberatung aus.

Minister Dr. Schiffer stellt fest, daß bis jetzt schon profunde Beratungen gemacht worden sind. Die Arbeiter hätten nur insoweit über die Vorstrafen Auskunft verlangt, als es mit der Sache vereinbar sei.

Die Vorlage wird an einen besonderen Ausschuss überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Interpellationen und Beschlüsse. Schluß 4 Uhr.

Berlin, 26. November.

Eröffnung der Sitzung 12 1/2 Uhr mittags.

Interpellationen.

Abg. Semmler (D.N.): In der Lage ist äußerst schwierig. Die Zwangswirtschaft fesselt den Produzenten. Er ist nicht frei in seinen Dispositionen. Die Grundlagen der Landwirtschaft müssen neu aufgebaut werden. Der Landwirt muß nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

Abg. Selb (Ztr.) begründet die Interpellation Trimborn wegen Forderung auf Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Zwangswirtschaft hat den Anreiz beseitigt. Die Gefahr des Übergangs zur extensiven Wirtschaft ist sehr groß.

Minister Schmidt:

Die für die Kartoffeln eingeführte Schnelligkeitsprämie hatte keinen Erfolg wegen der Preissteigerung und Witterungsbedingungen. Ein guter Teil der noch ungeernteten Kartoffeln, besonders in Pommern, dürfte für die Ernährung noch zu gebrauchen sein.

Ich richte an die Landwirte die Bitte, kein Brotgetreide zu verfußeln. Das Schiebertum wird hoffentlich im neuen Wucherergesetz bekämpft werden. Es scheint mir fraglich, ob wir in nächsten Jahre die Freieibe von Safer aufrecht erhalten können.

Nach kurzer Besprechung verlag sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Lesung der Reichsabgabenordnung, Hungersnot in Deutsch-Oesterreich. Schluß 4 Uhr.

Gegen Wucher und Schleichhandel.

Berlin, 25. Nov. Der Volkswirtschaftsausschuss der Nationalversammlung nahm den Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher und Schleichhandel, dem durch besondere Wuchergerichte scharf entgegengetreten werden soll, an.

Nach keine Einigung zum Betriebsrätegesetz. Berlin, 25. Nov. Privattelegramm. Hinsichtlich des Betriebsrätegesetzes ist gestern eine Einigung unter den Arbeiterparteien noch nicht erzielt worden.

Berlin, 25. Nov. Die demokratische Fraktion trotzt, wie der Berliner Volksanzeiger meldet, gestern erneut zu einer Beratung des Betriebsrätegesetzes zusammen.

den die Demokraten verließen, die für heute Vormittag angeordnete Entscheidung der Abstimmung noch einmal hinauszuschieben, um auf einen Kompromiß hinzuwirken.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 25. Nov.

6. öffentliche Sitzung.

(Schluß.)

Die Interpellation über Maßnahmen gegen das Schiebertum

begründet

Abg. Schön (Dem.): Das Heresgut ist wogentweise verschwunden. Das heutige Schiebertum ist nur eine Art des Schiebertums im Kriege. Alles wird heute geschoben. Der Ausgang des Schiebertums ist die nackte Gemeinnützigkeit.

Abg. Marum (Soz.) bittet den diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion hier mitzubringen. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, den sozialdemokratischen Antrag zu debattieren, jedoch nicht in der heutigen Sitzung über ihn abzustimmen.

Abg. Marum (Soz.)

begründet folgenden

Antrag

betr. Verschärfung der Strafen für Preiswucher, Schleich- und Kettenhandel und Nichterfüllung der Ablieferungsobligationen:

Das Staatsministerium wird ersucht, bei dem Reichsminister und im Reichsrat dafür einzutreten, daß die Strafen für Preiswucher, Schleichhandel und Kettenhandel und Nichterfüllung der Ablieferungsobligationen verschärft werden; insbesondere sollen die bestehenden Bestimmungen in folgenden Punkten geändert werden: Nicht nur beim Mißfallbeleidigt soll Bußhausstrafe zulässig sein, sondern bei allen gewerbsmäßig begangenen Straftaten und dann, wenn der Umfang des strafbaren Geschäftes 10 000 M. oder wenn der unerlaubte Gewinn mindestens 1000 M. beträgt.

Es handelt sich darum, wie wird man der Delikte des Schiebertums Herr. Unser Antrag will den Weg hierzu zeigen. Ich bin der Auffassung, daß wir es hier mit einer wirtschaftlichen Entscheidung zu tun haben, der man mit einer kriminellen Bekämpfung allein nicht Herr werden kann.

Minister Memmel: Der Schleichhandel ist eine Krankheit der Zeitverhältnisse. Wir müssen uns deshalb vor allem bemühen, daß kein Zusammenbruch des Volkes wegen des Schiebertums eintritt. Die Zahl der bisher aus dem Handel ausgeschlossenen Personen beläuft sich auf viele Hunderte.

Zustizminister Trunk weist darauf hin, daß alles getan wurde, um die Strafverfolgung des Schiebertums strafbar zu machen. Eine Reihe weiterer Staatsanwaltschaften werden zur Bekämpfung des Schiebertums geschaffen.

Abg. Straub (Ztr.) weist vor allem auf die Nozze Sudt nach Geld und nach unerwünschter Gemüthsruhe als Ursache des Schiebertums hin. Man darf nicht verkennen, daß es auch öffentliche Funktionen gibt, die sich nicht an die Verbundstaaten halten.

Abg. Dr. Lefler (Dem.) hält es für am Platze, gegen das Schiebertum auf Bußhausstrafen zu erkennen. Bei den

Schiebern handelt es sich vielfach um arbeitsfähige Elemente, die man ins Arbeitshaus bringen kann. Doch soll dies vom Gericht erkannt werden, nicht von Verwaltungsbehörden. Dagegen kann ich einer obligatorischen Ueberweisung ins Arbeitshaus, wie es der sozialdemokratische Antrag will, nicht zustimmen.

Zustizminister Trunk betont, daß auch er sich gegen eine allgemeine Amnestie wenden würde; event. müssen Einzelbegnadigungen vorgenommen werden. In der Tabakfrage haben wir den Staatsanwaltschaften Befugnisse gegeben bis zur Klärung des Bremer Abkommens von Strafanträgen abzusehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. Schluß der Sitzung: 7.50 Uhr.

7. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 25. November.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.

Fortsetzung der Beratung von

Maßnahmen gegen das Schiebertum.

Abg. Spang (Ztr.) wünscht Kontrolle der Schnellzüge bei Basel, in denen viele Schieber verkehren.

Abg. Fischer-Lahr (D.N.) meint, man sollte mehr keine Ordnungstrafen verhängen, statt durch horrende Strafen der Landwirtschaft das Blut völlig zum Sieden zu bringen. Den Wuchergerichten sollten Anwälte beigegeben werden, damit es nicht so geht, wie der altehrwürdige Adolf Oet schilberte.

Ministers Memmel, der darauf hinweist, daß sich die Möglichkeit der Einreise von Ausländern zu geschäftlichen Zwecken nicht so leicht unterbinden läßt, wogegen die Regierung die Anfertigung von ausländischen Schiebern hintertreibt und vom Ausweisungsrecht reichlich Gebrauch mache.

Abg. Rausch (Soz.), der sich gegen ein zu niedriges Strafmaß wendet, da bei den heutigen Geldverhältnissen eine Strafe von 20 M. eine Prämie für Gesetzesumgehung bedeutet, wird nach kurzem Schlußwort des Abg. Dr. Lefler (Dem.), der im Strafmaß zwischen wissentlichen Vergehen und Fahrlässigkeit unterscheiden wissen möchte und des Abg. Maier (Soz.), der Beratung der Interpellationen geschlossen und der sozialdemokratische Antrag der Verwaltungskommission überwiesen.

Verkehr mit Tabak.

Abg. Fischer-Lahr (D.N.) begründet seinen Antrag für Baden, unbekümmert um die Reichsvorschrift, den Tabak der 1918er Ernte freizugeben und für den vor der Detag abgenommenen Tabak einen Erzeugerpreis festzusetzen, welcher dem Preis des Fertigfabrikats entspricht.

Abg. Hegelmayer-Bruchsal (Ztr.) begründet seinen Antrag, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Beschlagnahme des Tabaks der 1918er Ernte sofort aufgehoben wird.

Abg. Marum (Soz.): Ich bin weder Tabakkrauer noch Tabakfabrikant, bin auch nicht bestochen — jedoch Tabakkonsument (Heiterkeit). Und da meine ich, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, die Bewirtschaftung des Tabaks aufzugeben.

Abg. Memmel: Der Schleichhandel ist eine Krankheit der Zeitverhältnisse. Wir müssen uns deshalb vor allem bemühen, daß kein Zusammenbruch des Volkes wegen des Schiebertums eintritt. Die Zahl der bisher aus dem Handel ausgeschlossenen Personen beläuft sich auf viele Hunderte.

Abg. Memmel (Dem.) betont, daß man nicht sagen könne, daß keine Verlangen sei wenig vaterländisch. Man muß auch feststellen, um wieviel Prozent die Zigarren gestiegen sind.

Abg. Riegelmann-Oberkirch (Ztr.) tritt ebenfalls für Freigabe des Tabaks ein. Die Zigarrenarbeiter machen heute ein sehr gutes Geschäft, wenn sie auch weniger verkaufen als im Frieden.

Abg. Schöffel (D.N.) erinnert daran, daß im vorigen Jahr 150 000 Zentner Tabak verkauft wurden. Der Preis im freien Handel betrug 1200 bis 1400 M., während der Ablieferung...

preis 150 M war. Die Differenz ging dem badiſchen Staat verloren. Deshalb verlangen wir Aufhebung der Bewirtschaftung...

Minister Kemmele weist darauf hin, wie das Bremer Abkommen entstand. Im allgemeinen sind die von den Pflanzern...

Zustizminister Kraus teilt mit, daß mit den strafrechtlichen Verfolgungen gewartet wird, bis die Sache mit dem Bremer...

Abg. Schiffer (Dem.) tritt ebenfalls für die Freigabe des Tabaks ein.

Abg. Weishaupt (Str.) meint, daß die Zwangswirtschaft beim Tabak nicht geklappt habe. Deshalb sollte man sie auch...

Abg. Gothein (Dem.) weist auf die ungeheure Einfuhr von Zigaretten hin. Der Preis des Fertigfabrikates richtet sich nach dem Konium...

Im Schlußwort teilt Abg. Fischer-Lohr (Dsch-Nat.) mit, daß seine Fraktion dem Antrag der Freigabe des Tabaks von 1918...

Nach kurzem Schlußwort des Abg. Bieglmayer-Bruchsal (Zentr.) wird der Zentrumsantrag, bei der Reichsregierung auf sofortige Freigabe...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Unter Antrag soll dem Zucker mit Obstmoſt vorgegangen werden. Unter das Hausgerüst des kleinen Mannes zu versetzen ist...

Minister Kemmele teilt mit, daß gemäß Verordnung der Preis für Obstmoſt im Handel auf 80 Pfg. im Weiterverkauf...

Abg. Bierenfeld (Str.) meint, daß der Preis für Obstmoſt zu niedrig angesetzt wurde.

Abg. Weid (Dem.) bezeichnet es als richtig, daß wenig Obst zu dem festgesetzten Preise geliefert wurde.

Abg. Spang (Zentr.) weist darauf hin, daß bei niedrigen Obstmoſtpreisen viel Obstmoſt in den Wein kommt.

Abg. Herle (Dsch-Nat.) erwähnt, daß in den übrigen Bundesstaaten keine Höchstpreise für Obstmoſt bestehen.

Minister Kemmele teilt gegenüber dem Abg. Spang mit, daß nur ein ganz geringes Obstmoſtquantum von der Landwirtschaftskammer geliefert wurde.

Im Schlußwort weist Abg. Gersch (Zentr.) darauf hin, daß in dem ausgeschriebenen Obst ein beträchtliches Quantum Wasser enthalten ist.

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Der sozialdemokratische Antrag auf Höchstpreise für Obstmoſt. Verſchiedend sei hier erwähnt, daß Abg. Kreudenberg (Dem.)...

Heines Geheimnis, welches den wirtschaftlichen Aufstieg und die Neubelebung unseres ganzen Volkes in sich schließt: Hebung und Steigerung der Produktion. In der großzügigen Erfassung der Gewerkschule als Bildungstätte der werktätigen Jugend...

Aus der Partei.

Grüningen, 25. Nov. kommenden Freitag, 28. November, findet der bereits schon angelegte Vortrag von Genosse Arbeitsminister Müller im 'Loden' statt.

a. Ehenrot, 24. Nov. Letzten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, fand im 'Gasthaus zum Oris' eine öffentliche Volksversammlung statt.

a. Ehenrot, 24. Nov. Letzten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, fand im 'Gasthaus zum Oris' eine öffentliche Volksversammlung statt.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Domela Nieuwenhuis. Aus den Niederlanden kommen die Kunde von dem Ableben des Genossen Ferdinand Domela Nieuwenhuis.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-theater. Zum ersten Mal: Femina. Lustspiel in 3 Akten von van Noijen und Soesmann.

Nach der guten Presse, die diese Holländer Importe in Deutschland fand, dürfte man mehr erwarten. Genießt das Publikum hier auch hier quatschdornig, besonders wenn die papprigten Schläger fielen von dem Genre...

Nach der besten Bühnenkritik, die lebenden deutschen Dichter anlässlich ihres 50. Geburtstages durch die Aufführung ihrer Werke zu ehren...

Nach der besten Bühnenkritik, die lebenden deutschen Dichter anlässlich ihres 50. Geburtstages durch die Aufführung ihrer Werke zu ehren...

Nach der besten Bühnenkritik, die lebenden deutschen Dichter anlässlich ihres 50. Geburtstages durch die Aufführung ihrer Werke zu ehren...

Badische Politik.

Deutsch-nationale Richtlinien. Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Dem 'Badischen Beobachter' flog ein Schriftstück aus der Feder des deutsch-nationalen Heidelberger Professors Ferd. Fehling...

Kleine Nachrichten.

München-Gladbach, 26. Nov. Der Gemeinde-Ausschuss beschloß einstimmig die Vereinigung der vier Städte...

St. Gallen, 26. Nov. Der St. Gallener Ständerat Heinrich Scherrer starb gestern im Alter von 72 Jahren.

Paris, 26. Nov. Wegen Kohlenmangels wurden in Paris alle Tangleubarbeiten bis auf weiteres verboten.

Paris, 26. Nov. Der bekannte Sportsmann Henry Deutsch-Begründer des Touring Clubs und Präsident des französischen Kerolubs...

Montreal, 26. Nov. Die drei Hauptgebäude der Universität von Quebec sind durch einen Feuersbrand...

London, 26. Nov. Es wird mitgeteilt, daß die a. und a. Mächte nunmehr genügend ausreichende Unterlagen für die Strafverfolgung...

Göteborg, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt...

Göteborg, 26. Nov. Die Arbeiterpartei hat eine Petition in Umlauf gesetzt...

Telegramm!

Karlsruhe, Meßplatz Groß-Zirkus Henny-Schau

Eröffnung 29. November, abends 1/8 Uhr
Eigener, transportabler, geheizter Winter-Holzbau
Das Riesen-Weltstadt-Programm:
Völker-Schau, Artisten, Araber, Mohamedaner, schwarze Karawantruppen, Löwen usw., edles Pferdmaterial.
Vorverkauf: Zigarrenhaus Pfeiffer, Marktplatz.
Beachten Sie Freitag-Inserate.

Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene Schulgeld für das 1. Dritteljahr 1919/1920 für die
Goetterschule, Dumboldtschule, Ober-ealschule, Realschule, Pflanzschule, Lehnwiesenschule, Handelsschule, Herbstklasse, Herbst, sowie für das 2. Dritteljahr 1919/1920 für die Gewerbeschule, 4. (Freiwil.) Klasse, Handelsschule, Osterklasse und Fortbildungsklasse u. Handelsschule, Herbstklasse, Oster, ist bis spätestens 10. I. Mts. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Nach Ablauf dieser Frist hat der Schuldner die in dem Schulgeldforderungsmittel angegebene Veräumerungsbilanz zu bezahlen, außerdem müßte gegen die fälligen Schulden Zwangsvollstreckung angeordnet werden.
Karlsruhe, 24. Nov. 1919.
Schulklasse.

Kragen -Wäscherei Schorpp

liefert in 8 Tagen
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 18,
Kaiserstrasse 37,
Gabelbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 18.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Sie sparen Geld,
wenn Sie
Pelse, Muffe
Plüsch-
Garnituren
in
Daniels
Konfektions-Haus
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
kaufen.
Keine Ladenspesen.

Gitarre

billig abgegeben. 8254
H. Keller, Süßstr. 20.

„Selbsthilfe“

Vereinigung der aus hilfsweise Angestellten
(eingetragener) Karlsruhe.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich
Hirschstraße Nr. 1, parterre
und ist an 8261
Montagen nachmittags v. 1 bis
7 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Kathol. Gesellenverein Karlsruhe

Donntag, 30. November, abends 7 1/2 Uhr,
im Gesellenhaus, Söthenstraße, 58. Theater-Ansichtnahme.

„Die unterirdischen Mühlen“

Kartenverkauf bei Dorer und Döbler und an
der Ober-Kasse.
I. Platz mit Steuer 2.— Mk.
II. „ „ „ 1.50 „
III. „ „ „ —.80 „

Den Haushaltsplan der Handwerkskammer Karlsruhe
hier
Umlage-Nachtrag für das Geschäftsjahr 1919/20 betr.

Nach dem vom Landesgewerbeamt genehmigten
Nachtrag zum Haushaltsplan der Handwerkskammer
Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1. April 1919/20
beträgt der durch Umlagen aufzubringende Kosten-
betrag 86 500 M. und die Umlage auf eine Betriebs-
einheit 2.— M. Von den Gemeinden des Amtsbezirks
Karlsruhe sind von diesen Kosten 8042 M. aufzubrin-
gen, welcher Betrag diesseits auf die einzelnen Ge-
meinden unseres Amtsbezirks gemäß § 7 Abs. 2 der
Verordnung vom 30. Nov. 1906 (Ges. u. V.O. Bl. S.
656) verteilt wurde. Die Verteilungsübersicht kann
auf dem Bezirksamt — Zimmer 43 — sowie auf den
Rathhäusern der Gemeinden von jedermann ein-
gesehen werden. D. S. 304

Karlsruhe, den 14. November 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion. 8239

Die Abwidlungsstelle des Infanterie-Regiments
Nr. 113 verfügt über beschränkte Mittel aus milden
Stiftungen, welche als Beihilfen für frühere Ange-
hörige des Regiments, die den Feldzug 1870/71 bezug-
lich 1914/18 im Regiment mitgemacht haben und sich in
äußerst bedrängter Lage befinden, aufgewendet wer-
den sollen. 8240
Auch Hinterbliebene solcher können Beihilfen er-
halten.
Entsprechend begründete Gesuche sind spätestens
bis zum 30. November ds. Jrs. bei uns einzureichen.
Karlsruhe, 25. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Sehr günstiges Angebot!
Diese Woche, ab 29. ds. Mts.
Eingang in fertigen

Wlster

zweireihig, Quetschfalten
in blau und schwarz
Reklamepreis Mk. 185.—.
Nur so lange Vorrat.

L. Brotz

18 Marienstraße 18, parterre
Telephon 3950.

Anielingen. Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Anielingen verpachtet am
Mittwoch, den 3. Dezember d. J. nachm. 1/4 Uhr
die Ausübung der Jagd auf der Gemarkung für wei-
tere 6 Jahre und zwar 8 Jagdbezirke. Der 1. Jagd-
bezirk umfaßt 804 Hektar, der zweite 524 Hektar, der
dritte 702 Hektar. Bemerkung wird noch dabei, daß auf
allen drei Jagdbezirken der Wildentenjagd nachgestellt
werden kann. 8219
Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen,
welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder durch ein
schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde (in Baden
Bezirksamt) nachweisen, daß gegen die Erteilung
eines Jagdpasses keine Bedenken bestehen.
Anielingen, den 24. November 1919.
Der Gemeinderat.

Herren-Hüte werden modernisiert gebügelt, gereinigt u. gefärbt in der Herrenhut-Reparaturwerkstätte von Alfred Günther Zähringerstr. 59, beim Markt. Telefon 3036 Reelle Preise — Gute Bedienung.

Stenotypisten und Maschinenschreiber

für sofort und später gesucht.
Es kommen nur wirklich erste Kräfte für die Posten
in Frage. 8255

Städt. Arbeitsamt, kaufm. Abteilung, Kaiserstraße 145, Eingaang Lammstr.

Gesucht werden tüchtige, gewandte Einlegerinnen für Buch- und Steindruck Falzerinnen sowie gelernte Hilfsarbeiterinnen für Druckerei 8181

Städtisches Arbeitsamt Zähringerstr. 100 Zimmer Nr. 11

Sicherste Kapitalanlage

ist Kauf eines guten Zinshauses

Kafanenstr.	2x3 Zimmer-W.	Berkfläche	Mk. 23 000
Luisenstr.	4x3		34 000
Schützenstr.	2u3		40 000
Luisenstr.	4x3		42 000
Pariserstr.	4u2		44 000
Luisenstr.	3x4	Laden	45 000
Turlacherstr.	2x3		48 000
Amalienstr.	3x4	Berkfläche	48 000
Schützenstr.	3x4	Laden	48 000
Göthestr.	2x3		48 000
Adamiest.	4x5		50 000
Gumboldstr.	2x3	Laden	62 000
Schützenstr.	4	Berkfläche	68 000
Schützenstr.	3x4	Lad. Berkf.	70 000
Werderstr.	2, 3 u. 4		80 000
Brühlstr.	7x3	Elektr. Licht	80 000
Geranienstr.	7x3		87 000
	8x3		90 000

M. Busam, Liege schäfts-Büro
Derenstraße 84. 8203

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 3., im Hof. Telefon 1421.
Haus, Hof und Garten reinhalten
von Mäusen und Ratten, ist gerade jetzt Selbstverpflichtungs-
pflicht und geschieht am besten und sichersten von
„Pestau und Tifan“. Beide Artikel sind hergestellt
unter Kontrolle der obdenburgischen Landwirtschafts-
kammer, sind auch für Kammer-Büchlein usw. viel-
fach erprobt. In ihrem eigenen Interesse müssen
Sie „Pestau und Tifan“ in Ihrer Drogerie ver-
langen, oder wo nicht vorräufig direkt von: General-
vertreter für Baden 7203
G. Fauth, Mannheim, Heinrich-Lanzstr. 5.

Einen guten Fang



macht jedermann
der seinen Bedarf in
Messer u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch sach-
männlich geschliffen u. repariert werden können.
Karl Hummel, Werderstr. Nr. 14, Tel. 1547.

Badisches Landes-theater.

Donnerstag, den 27. November 1919. 8257
Femina.
Ein psychopathisches Lustspiel in 3 Akten von Rossem
und Soosmann. Deutsch von Else Otten.
Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Mk. 5.20

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 29. No-
vember bis Montag, den 1. Dezember 1919, in den
Reitverkaufsstellen Nr. 112 bis Nr. 116 einschließ-
lich an die dort eingetragene Kundschaft gegen die
Warenkarte J Nr. 126.
Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 1.20 für das Pfund.
Karlsruhe, den 26. November 1919. 8260
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kaufe und Verkaufe fortwährend

getragene Herren- u. Damenkleidungs-
stücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren,
Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente,
Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art,
Nähmaschinen, Kinderwagen,
u. s. w.
Geht Angebote erbitte!
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstrasse 52. Tel. 8747. 8268

Offenburger Anzeigen.

Beglaubigung der Renten-Quittungen.

Die vierteljährliche Beglaubigung der Quittungen
der Invaliden, Alters-, Witwen-, Waisen-, Unfall- u. s. w.
Rentenempfänger findet künftig nicht mehr auf der
Polizeiwache sondern bis auf Weiteres im städt.
Lebensmittelamt — Zimmer 4 — Kartenausgabe-
stelle — (Eingaang Fischmarkt) statt.
Für die bevorstehende Beglaubigung am 1. Dezem-
ber empfehlen wir den Rentenempfängern, ihre Quit-
tungen bereits am Samstag, den 29. ds. Mts., im
genannten Geschäftszimmer (geöffnet donnerstags 8—12
und nachmitt. 1—5 Uhr) abzugeben, damit die fertigen
Quittungen im Laufe des Montag ohne Aufenthalt
entgegengenommen werden können. Wer die Quittung
am Montag erst abgibt muß mit Aufenthalt rechnen
bzw. später wiederkommen. 8262
Offenburg, den 26. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Obstweinhöchstpreise.

Für Obstwein (Kessel- und Birnenwein und deren
Mischung) des Jahresanges 1919 und der früheren Jahre-
gänge gelten folgende Höchstpreise:
a. bei Verkauf durch den Hersteller an den Handel
und an den Verbraucher 80 Pfa. für den Liter
(ausschließlich Weinsteuer, einschließlich Umlage-
steuer).
b. bei Weiterverkauf im Handel 1 Mk. für den
Liter (ausschließlich Weinsteuer, einschließlich Umlage-
steuer).
c. bei Verarbeitung im Kaufhaus 1.40 Mk. für den
Liter (einschließlich Wein- und Umlagesteuer).
Zu widerhandlungen werden mit Geängnis bis zu
1 Jahr und mit Gestrafe bis zu 10 000 Mk. oder
mit einer dieser Strafen belegt. 8263
Offenburg, den 24. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Lebensmittelversorgung.

Ab Donnerstag wird verkauft:
ausf. Hasenrülche: Kopfmenge 50 Gramm (1 Pfund
Mk. 1.75) gegen die Lebensmittelkarte A 100
Warmeclade: 12 Gramm (1 Pfund Mk. 1.30) gegen
die Lebensmittelkarte M 161
Margarine: 100 Gramm (1 Pfund Mk. 4.90) gegen
die Lebensmittelkarte K 37 in allen Reitverkaufsstellen.
Offenburg, den 26. November 1919. 8264
Städt. Lebensmittelamt.

Säuglings- und Kinderfürsorge.

Die Ausgabe der Karten für Kinder unter 2 Jahren
für die Verlorengeit vom 26. November bis 24. De-
zember findet statt.
Donnerstag, den 27. November
auf dem Lebensmittelamt Zimmer Nr. 1.
Offenburg, den 26. November 1919. 8211
Städt. Lebensmittelamt.